



Unser Wasser gehört nicht in private Hände

Foto: Hönemann

Unser Wasser gehört nicht in private Hände

Liebe Gartenfreundinnen, liebe Gartenfreunde! Das Berliner Kleingartenwesen wird von vielen Seiten bedrängt. Immer wieder gibt es Versuche, uns Flächen streitig zu machen, und andererseits das Drehen an der Gebührenschaube. Zu den Kostentreibern gehören auch die Berliner Wasserbetriebe.

35 Prozent Preissteigerung seit der Teilprivatisierung 2001, diesen Trend gilt es zu stoppen und darum bittet der Landesverband Berlin der Gartenfreunde seine Mitglieder um aktive Unterstützung des Volksbegehrens „Unser Wasser“. Der Aufruf des „Berliner Wassertisches“ ist unten abgedruckt.

Auch nach dem Urteil des Berliner Verfassungsgerichtes vom 14. Juli, das den Senat verpflichtet, den Abgeordneten komplette Einsicht in die Wasser-Verträge zu ermöglichen, hält der „Berliner Wassertisch“ das Volksbegehren aufrecht, da er nach wie vor die Rechte aller Bürger auf Offenlegung der Verträge nicht gewährleistet sieht.

Liebe Gartenfreundinnen und Gartenfreunde, die Preistreiberei bei den Wasserpreisen betrifft uns Kleingärtner in doppelter Weise, in unseren privaten Haushalten und in unseren Gärten. Darum bitte ich Sie eindringlich um Unterstützung des Volksbegehrens. Es kommt auf jede Unterschrift an.

Peter Ehrenberg
Präsident

Volksbegehren „Unser Wasser“ unterstützen!

Die Kosten der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe können wir an unseren steigenden Betriebskosten sehen: Seit 2001 sind die Wasserpreise um 35 Prozent gestiegen. Im internationalen Städtevergleich zahlen Berliner die höchsten Preise. Die Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch“ setzt sich mit einem Volksbegehren für die Offenlegung von Geheimverträgen ein, die das Land Berlin mit den Unternehmen „RWE Wasser“ und „Veolia Wasser“ 1999 abgeschlossen hat. Durch Insider sind einzelne Passagen bekannt geworden, die nach Auffassung des Wassertisches eindeutig gegen geltendes Recht verstoßen. In einem unbefristeten Vertrag sind den Privaten exorbi-

tant hohe Gewinne vertraglich zugesichert worden, die notfalls sogar aus dem verschuldeten Berliner Haushalt gezahlt werden müssen. Daher müssen die Verträge vollständig offengelegt werden, denn: Was vor den Menschen geheim gehalten wird, dagegen kann man sich auch nicht wehren.

Vertreten wird die Initiative auch von Prof. Keßler, einem ausgewiesenen Wirtschaftsjuristen, der zugleich auch Vorstandsvorsitzender der Verbraucherzentrale Berlin und Vertrauensperson des Volksbegehrens ist. Erst vor kurzem hat der Landesrechnungshof die Wasserbetriebe für ihre Werbekampagne gerügt: 4,2 Millionen Euro, die von den Verbrau-

chern bezahlt werden, für eine Werbung eines Unternehmens, das keine Konkurrenten hat. Seit wann braucht ein natürliches Monopol Werbung?

170 000 Unterschriften müssen bis zum 27. Oktober in Berlin gesammelt werden. Unterschriftsbögen können im Internet unter www.berliner-wassertisch.net heruntergeladen, ausgedruckt oder auch einfach über den eigenen E-Mail-Verteiler an andere Interessierte weitergeleitet werden. Der Wassertisch bittet alle Interessierten, auch die Freunde, Verwandten und Nachbarn zu informieren und zu mobilisieren. Wenn viele ihre persönlichen Netzwerke einbeziehen, dann können die 170 000 Unterschriften

leicht gewonnen werden. Auch in allen Bürgerämtern liegen Unterschriftsbögen aus. Der Wassertisch organisiert auch Filmvorführungen und Diskussionsveranstaltungen. Interessierte wenden sich an die Initiatoren des Volksbegehrens, Sabine Finkentheil und Thomas Rudek. Beide sind telefonisch zu erreichen unter 2 61 33 89 (AB).

Und bitte daran denken: Ein Volksbegehren ist keineswegs nur eine Unterschriftensammlung für eine Petition, sondern für ein Gesetz! Es ist höchste Zeit, die Gesetzgebung mit dem Instrument des Volksbegehrens selbst in die Hand zu nehmen, statt diesen Bereich den Lobbys und den Bürokraten zu überlassen. □